Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 467.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. ✦ Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf. b. Wiederhol. Rab., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtaufl. 5 M. das Tausend ausschl. Postgebühr. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Flegel, Berlin W. 10, Margarethenstraße 5. Fernsprech-Anschluß: Lützow 9971.

Nr. 227. Mittwoch, den 6. Mai. 1914.

Das Wichtigste.

*** Am heutigen Tage wird die Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914 durch König Friedrich August in Gegenwart des Prinzen Johann Georg, der Prinzessin Mathilde und der Vertreter der fremden Regierungen feierlich eröffnet.**

* Die Zweite Kammer nahm am Dienstag den Antrag Dr. Kaiser über Einführung von Rechtsmittelbelehrung gegen die Konservativen an und erörterte dann Fragen des Gemeindewahlrechts. Eine Petition des Nationalliberalen Vereins zu Leipzig auf Aufhebung des sog. Hausbesitzerprivilegs wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen. (S. Art. u. Bericht.)

* In der Finanzdeputation A gab die Regierung eine beruhigende Erklärung zu dem Konflikt in der Deutschen Bücherei in Leipzig ab. (S. Bericht.)

* Der Reichstag begann am Dienstag die zweite Lesung des Militäretats. (S. Art. u. Bericht.)

* In Mailand und anderen italienischen Städten kam es zu Kundgebungen gegen Oesterreich. (S. Ausland.)

* Die französischen Flottenmanöver sollen in diesem Jahre in bedeutend größerem Maßstabe und vollkommen kriegsmäßig durchgeführt werden. (S. Ausland.)

* Die Sitzung der russischen Duma am Dienstag mußte wegen des Lärms der oppositionellen Abgeordneten unterbrochen werden. (S. Pol. Uebersicht.)

* Der mexikanische Rebellenführer Zapata beabsichtigt, die Hauptstadt anzugreifen. (S. Pol. Uebersicht.)

Zur Eröffnung der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik.

Leipzig, 6. Mai.

✻ Eine Weltausstellung? Ja, eine Weltausstellung! Das darf diesmal in doppelter Beziehung gesagt werden. Einmal im Hinblick auf die Beteiligung der großen Kulturstaaten und dann aber in einem besonderen Sinne. Es ist ein Weltbild, das heute auf dem weiten Plane vor dem ernsten Völkerschlachtdenkmal feierlich aufgetan wird: die Welt des Geistes in ihrem Werden und Wachsen, in ihren Kämpfen und ihren Siegen, sichtbarlich geworden durch die Mittel, die der Menschengeist sich schuf, von den ersten kindlichen in den Stein geritzten Zeichen der Sprache bis zu der heutigen kaum noch zu überbietenden Kunst der Mitteilung und Darstellung.

Aus einem Gedanken ist ein ins Breite und Tiefe wirkendes Werk geworden. Einmal gedacht, ist es aus eigenem Leben herausgewachsen, von Tag zu Tag; ja gewachsen fast über das Maß der Kräfte hinaus, die sich in seinen Dienst stellten. Aus der Vorbereitung zur Feier des 150jährigen Bestehens der Leipziger Akademie für Buchgewerbe und Graphik war die Anregung gekommen, einmal in großem Rahmen zu zeigen, was Schrift und Buch bedeuten, wie der Geist sich auswirkte, unaufhaltsam das Geschaffene verbesserte, Neues schuf, die Hilfsmittel vermehrte, einen immer wachsenden Kreis beschäftigte. Buchgewerbe — wie nüchtern das klingt! Wenn wir aber in unserem vielgestaltigen Leben nach einem Arbeitsfelde suchen, das am sichtbarsten das Ideelle mit dem Materiellen verbindet — wo finden wir es eher als in unserem Schriftwesen? Die Schrift ist uns die Mittlerin zwischen Gedankenwerk und Menschentum.

Tausende von Besuchern werden wohl an dem Stofflichen ihr Genüge finden, wie es ja jedem Bildwerk geht, das die meisten auch nur mit dem Auge nach seinem Zweck befragen. Doch dieses Stoffliche oder Aeußerliche — bietet es nicht des Wunderbaren genug? Ist nicht auch ein Gutenberg, als er seine hölzernen Buchstaben formte und aneinanderreihte, von der sachlichen Zweckmäßigkeit geleitet worden? Und wurde zu einem Bahnbrecher des Geistes; wie wenige ein Licht- und Freiheitsbringer! Die einzelne unscheinbare Letter im Kasten des Setzers — ein Stück Blei, aber sinnbegabt, ein Laut, der mit anderen Zeichen zur Silbe, zum Worte, zu der Sprache wird, die täglich auf uns wirkt, uns Freude oder Leid zuträgt, uns bewegt, uns mit vielen Menschen gleichzeitig verbindet, mit einem Schlage in einem Volke die gleiche Empfindung wachzurufen vermag und zu gewaltiger Tat werden kann. Wir können es freilich nicht hindern, wenn die „Bleisoldaten" nicht nur im Dienste des Guten und der Wahrheit ins Feld marschieren, sondern auch dem Bösen und Falschen dienen. Doch die Zeit ist längst dahin, wo Gelehrte ernsthaft stritten, ob die Kunst Gutenbergs ein Geschenk Gottes oder des Teufels sei. Ob wir mit unserem großen Dichter-Idealisten annehmen, Gott lasse das Uebel in der Welt walten, nur „um der Freiheit entzückende Erscheinung nicht zu stören", ob wir anders denken — jedenfalls hat uns die Geschichte gelehrt, daß allerdings ein Segen in diesem freien Kampfe ist: unsere besten sittlichen Kräfte werden wach, und da der Kampf um den Sieg des Guten ruhelos weitergeht, werden sie gestählt und wachsen.

Die Idealisten sind nirgendwo so im Rechte, stehen nirgendwo so fest im Glauben wie auf dem Gebiete des Schriftwesens; sie glauben an die Ueberwindung des Schlechten, an den Sieg des Geistes, an eine Läuterung und Vollendung, an den Segen aller menschlichen Kämpfe. Und darum ist diese Ausstellung für sie wie geschaffen, ist eine Verkündigung und Bewahrheitung ihres Glaubens. Inmitten einer oft gescholtenen materiellen Zeit kommt endlich einmal wieder der Idealismus zu vollen Ehren. Vielleicht nicht für die Masse, nicht für die Stumpfen, Trägen oder die Uebersatten, aber — wir glauben es bestimmt — das Volk wird einen Hauch dieses Geistes verspüren.

Läßt sich Geistiges nicht für jeden fühlbar machen durch den Anblick von Büchern, Schriften, Lettern und Maschinen, so ist doch eine stille, schaffende Macht hinzugetreten, die über das Nüchterne den Glanz und Schimmer breitet: die Kunst. Ja, spottet nur des Propheten, der über die Erziehung des Menschen durch das Schöne so warm und überzeugt geschrieben hat! Die Ausstellung draußen gibt ihm recht; sie offenbart den Trieb, das Gute mit dem Schönen zu verbinden, das Gute uns innerlich nahezubringen durch die erfreuende Form. Darin liegt die Erziehung, wie sie sich Schiller dachte: das Oeffnen der Seele, daß sie sich über das Gemeine erhebe. Es gibt kein Gewerbe, um das die Kunst einen reicheren Blütenkranz geflochten hätte. Ob sie auf der Buchseite eine schlichte Zierlinie niederlegt, ob sie in das Prachtwerk das Bild eines begnadeten Künstlers einfügt: sie dient dem Schönheitssinn und leiht dem Geiste ihre Zunge.

So begrüßen wir das Werk, das heute aufgetan wird, mit reiner Freude. Es wird der Stadt Leipzig und den Männern, die mit großer Umsicht, in klarer Erkenntnis des schönen großen Zweckes ihre Kräfte einsetzten, Ehre machen. Das Wesen der Sache hat Fachmänner und Führer der Wissenschaft im gleichen Sinne zusammengeführt, und diese Vereinigung ist bedeutsam nicht allein für das, was jetzt aus der Zusammenarbeit entstand, sondern allgemein bedeutsam für unsere Zeit, die immer mehr die alte Abgeschlossenheit der Wissenschaft durchbricht und sie hineinruft in das strömende Leben . . .

Möge das Werk, geleitet von dem Gruße unseres Königs und der fürstlichen Gunst seines Hauses, alle ihm erwiesene Fürsorge, allen Aufwand an Mühe und Arbeit reichlich lohnen als ein leuchtendes Zeugnis nützlichen Schaffens und geistigen Strebens!

Der Militäretat im Reichstage.

(Stimmungsbild aus dem Reichstage.)

⊙ **Berlin**, 5. Mai.

Herr von Falkenhayn hat Glück gehabt. Es gab eine Zeitspanne im letzten Winter, wo die Stimmung im Reichstage ihm keineswegs günstig war und wo man ganz allgemein sich erzählte, in gewissen, nebenbei nicht ganz engen Kreisen hätte man Neigung, bei der Beratung seines Etats es dem Herrn Kriegsminister fühlen zu lassen, wie wenig er den Intentionen des Parlaments gerecht geworden ist. Indes dieser Eifer und diese abgünstige Stimmung sind längst verraucht. Es ist ja zwar noch bis in die letzten Tage zu gelegentlich kleinen Reibungen und Mißverständnissen gekommen, und mitunter hat man die Empfindung gehabt, als ob Herr von Falkenhayn noch immer nicht den rechten Ton für den Reichstag gefunden hätte und seiner Akustik nicht ganz sich anzupassen lernte. Aber das geht doch mehr auf die Einzelheiten. Im großen und ganzen scheint der Kriegsminister mehr und mehr die Reichstagsabgeordneten gewonnen zu haben. Man rügt an dem Minister und einigen Herren seiner Umgebung die Frische und Natürlichkeit und erkennt das grundsätzliche Bestreben des neuen Mannes an, dem Reichstag auf seine Weise entgegenzukommen. Dieser Witterungsumschlag — so darf man es am Ende wohl ausdrücken — prägt sich deutlich auch in dem Gang der heutigen Verhandlungen aus. Der Minister selbst hatte sie eingeleitet mit einem für jeden Patrioten erfreulich anzuhörenden Rechenschaftsberichte über die Art, wie die große Wehrvorlage des vorigen Jahres — bleiben wir immerhin bei der Wendung — „in die Wirklichkeit umgesetzt worden sei". Da vernehmen wir denn, was in andeutenden Strichen freilich schon aus der Kommission bekannt war, daß der Mannschaftsersatz keinerlei Schwierigkeiten gehabt habe, daß noch an die 38000 durchaus taugliche Leute zurückgestellt worden seien, und daß man noch immer habe Milde und Rücksicht walten lassen und die zu Hause schwer Abkömmlichen ihrem häuslichen Pflichtenkreise nicht zu entziehen brauchte. Auch der Offiziersersatz hat sich zur Zufriedenheit gestaltet. Die Fehlstellen, die noch verblieben, hofft der Minister in zwei Jahren vollständig gedeckt zu sehen. Bei den Unteroffizieren wird das gleiche wohl schon zu Ende dieses Jahres der Fall sein. Im Grunde nicht anders steht es mit den übrigen Erfordernissen der Wehrvorlage: mit der Versorgung unserer Truppen mit Pferden, mit Quartierbeschaffung, Verpflegung und mit der sanitären Fürsorge. Schon am 6. Oktober habe dem Kaiser gemeldet werden können, daß alle Verbände im kriegsbereiten Zustande fähig zum Ausrücken seien. Das alles wurde zwar mit Gewicht, vielleicht kann man sogar sagen: mit freudigem Stolz vorgetragen, aber doch ohne die Ueberheblichkeit und das selbstgefällige Bramarbasieren, mit dem das „Erzbereit" gelegentlich von jenseits der Grenze, der westlichen wie der östlichen, zu uns herüberschallt.

Damit hatte der Minister sich selber den günstigsten Boden bereitet für die Aussprache über sein Ressort. Was dann noch übrigblieb, besorgt — sozusagen als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft — der sozialdemokratische Sprecher Schulz. Herr Schulz, der in seinem Zivilverhältnis Leiter der sozialdemokratischen Agitatorenschule ist, bekam es fertig, angesichts der Weltlage — deren ernste Gefahren, sollte man meinen, auch dem ungeübten Laienauge sich aufdringen müßten — die Notwendigkeit der vorjährigen Wehrvorlage zu leugnen. Wenn die Herren Sozialdemokraten es doch lassen wollten, sich über Fragen auswärtiger Politik zu verbreiten. Nie präsentiert sich ihre enghaftige Kleinbürgerlichkeit in so mitleiderregender Weise, wie bei solchen Anlässen. Herrn Schulz, auf den wegen seiner wiederholten demagogischen Ausschreitungen ein ganzes Bündel von Rügen und Ordnungsrufen niedergeprasselt war, löste Herr Erzberger ab. Von dem hatte man sich noch am ehesten einer abfälligen Kritik des neuen Ministers versehen. Aber was er sprach, war Anerkennung im großen und kleinen. Nur der tatsächliche Duellzwang, der die katholischen Offiziere in Gewissenskonflikte bringe, und die politisierenden, redenden und schweigenden Offiziere a. D. gaben ihm Ursache zum Tadel. Herr Bassermann aber, der an manchen betrüblichen Erscheinungen, wie der sichtlichen Zunahme der Soldatenmißhandlungen, nicht vorüberging, fand sympathische Worte der Würdigung für die treffliche Art, wie unsere Militärverwaltung und unser Offizierkorps die große Aufgabe der Wehrvorlage zu lösen verstanden hätten, und noch ein erfreuliches Moment ergab sich aus der heutigen Aussprache: Das Preßreferat im Kriegsministerium — so darf man nach dem Gang der heutigen Verhandlungen annehmen — wird bewilligt werden. Die Einmütigkeit der Presse aller Parteien ist auf die Abgeordneten nicht ohne Eindruck geblieben.

✻

Die Aussprache über unsere auswärtige Politik soll nun also — natürlich weitere Aenderungen vorbehalten — am Freitag erfolgen. Der überraschende Aufschub von gestern wird, obschon es der „Berl. Lok.-Anz." nicht wahr haben will, nach Eingeweihten auf einen besonderen Wunsch des Herrn Reichskanzlers zurückgeführt, den gestern nachmittag Herr Wahnschaffe den Parteiführern übermittelte. Maßgebend für diesen Wunsch des Kanzlers sollen in erster Reihe häusliche Sorgen gewesen sein, denen man das Mitgefühl nicht versagen wird. Daneben aber auch das Verlangen, die Beratung des Auswärtigen Etats nicht der des Kanzleretats vorangehen zu lassen. Ueber diese Begründung läßt sich reden. Gewiß: Wenn man sich zunächst über das Ressort des Herrn von Jagow unterhalten hätte und hernach über das Gehalt des Kanzlers, wären für Herrn von Bethmann, der vermutlich bei dem einen wie dem anderen Titel über die Probleme unserer auswärtigen Politik ausgefragt worden wäre, Wiederholungen nicht ganz zu vermeiden gewesen. Indes, scheint uns, sind das Ueberlegungen, die man am Ende auch etwas früher hätte anstellen können. Es macht — wir wiederholen es — keinen erfreulichen Eindruck, daß man die Erörterung just der wichtigsten Fragen, wie etwas, das man anzurühren sich nicht recht getraute, immer wieder hinausschiebt. Die Ordnung dieser Dinge wird nun wohl die sein, daß man zunächst den Etat des Kanzlers beraten und bei der Gelegenheit die grundsätzliche Aussprache über die große Politik vornehmen wird. Für den Etat des Herrn von Jagow verbliebe dann mehr die Nachlese.

Zur mecklenburgischen Verfassungsfrage.

B. Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Interpellation, die am 30. April im Reichstage verhandelt wurde, hat der nationalliberale Fraktionsredner Roland-Lücke bekanntlich erklärt, daß seine Partei sich vorbehalte, einen die mecklenburgische Verfassungsfrage betreffenden Antrag einzubringen. Die „Kreuzztg." geht in ihrer letzten Wochenschau auf diese Mitteilung in höchst auffallender Form ein. Das konservative Hauptorgan schreibt: der Sprecher der Nationalliberalen habe die Mitwirkung des Reichstages bei der mecklenburgischen Verfassungsfrage grundsätzlich in Aussicht gestellt, und fügt hinzu:

„Damit entfernt sich diese Partei in so radikaler Weise von den föderalistischen Grundlagen unseres Verfassungslebens, daß man sie in dieser Hinsicht nicht mehr als Schutz und Stütze des Bestehenden betrachten kann."

Die konservative Neigung, eine „Linksentwickelung" der Nationalliberalen wahrzunehmen, hathier eine Form angenommen, die sowohl geschichtlich als auch politisch vollkommen unhaltbar ist. In geschichtlicher Beziehung nämlich wäre die nationalliberale Partei niemals Schutz und Stütze des Bestehenden gewesen, wenn eine solche Eigenschaft nur der Partei zugesprochen werden dürfte, die jede Mitwirkung **des Reichstages bei der mecklenburgischen Verfassungsfrage grundsätzlich verwirft.** Hat doch — um die Zeit des Norddeutschen Bundes aus Rücksicht auf **den Raum zu übergehen — der Abg. Büsing mit** Unterstützung der nationalliberalen Partei bereits im Jahre 1871 den Antrag eingebracht, hinter Artikel 3 der Reichsverfassung folgenden Zusatz aufzunehmen:

„In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehende Vertretung bestehen, deren Zustimmung bei jedem Landesgesetz und bei der Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist."

Ob jetzt die nationalliberale Fraktion die Einbringung eines ähnlichen Antrages, wie er inzwischen wiederholt den Reichstag beschäftigte, oder eines anderen Antrages plant, bleibt abzuwarten. In jedem Falle aber hält sich die nationalliberale Fraktion im Rahmen ihrer ältesten Ueberlieferung, wenn sie die Mitwirkung des Reichstages bei der mecklenburgischen Verfassungsfrage nicht grundsätzlich verwirft. Darum ist es ein gegenstandsloses Unterfangen, der nationalliberalen Partei, deren tatkräftiger Mitwirkung die Verabschiedung der geltenden Reichsverfassung in erster Linie gedankt wird, den Vorwurf zu machen, daß sie sich von den föderalistischen Grundlagen unseres Verfassungslebens in radikaler Weise entferne, wenn sie gegenüber der mecklenburgischen Verfassungsfrage denselben grundsätzlichen Standpunkt einnimmt, wie im Jahre 1871.

Der Vorwurf der „Kreuzztg." ist jedoch in politischer Beziehung noch unberechtigter als in geschichtlicher, weil er ohne Berücksichtigung der Tatsache erhoben wird, daß die Mitwirkung des Reiches bei der mecklenburgischen Verfassungsfrage einerseits im Schoße des Bundesrates, anderseits auch in den Reihen der freikonservativen Partei für zulässig erachtet wird. Als der Antrag Büsing, der bereits 1871 vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen worden war, nach seiner Erneuerung im Jahre 1873 wiederum eine sehr große Mehrheit gefunden hatte, äußerte Minister Delbrück im Ausschusse des Bundesrates: Auf die Dauer würde das Reich durch unbedingten Schutz des formellen Rechtes in eine schiefe Stellung kommen. Noch weiter ging die badische Regierung, die dem Beschluß des Reichstages zustimmte. Obwohl der Bundesrat den Antrag des Reichstages ablehnte und auch von einem Zusatze zum Protokoll absah, der das Wünschenswerte einer baldigen Regelung ausdrückte, hat der mecklenburgische Bundesratsbevollmächtigte v. Bülow doch allen Grund gehabt, seiner Regierung das nachstehende zu berichten:

„Es bedarf kaum der Erwähnung, daß der Bundesrat sich mit diesem Beschlusse nicht unbedingt und nicht für immer zu unserer Schutzwehr gegen den Reichstag gemacht hat. Die einberichteten Erklärungen der einzelnen Bevollmächtigten und des Ausschusses sind offizielle Aeußerungen der Regierungen und lassen und bezwecken die Freiheit, sich je nach Umständen wieder zu degagieren und das letzte Wort vorzubehalten. Mit einem Wort, es ist nicht volle, sondern bedingte und zeitweilige Gewährleistung der bestehenden Verfassung; nicht Anerkennung des status quo, sondern nur Schutz für ruhige Verhandlung und Gestaltung der als unerläßlich und unvermeidlich allerseits anerkannten Reformen . . Die politische Einwirkung der Reichsgewalten, getragen von der Notwendigkeit der Einigkeit im wesentlichen, ist im Reiche stärker als Verfassungsparagraphen, und eben auf eine solche, je nach Zeit und Umständen, deuten alle jene Erklärungen."

Für die Richtigkeit dieser Auffassung spricht auch die Tatsache, daß der Bundesrat am 26. Oktober 1873 den Reichstagsantrag zwar von neuem ablehnte (wiederum mit Ausnahme Badens) aber zugleich der „Erwartung" Ausdruck gab, „daß es den Großherzoglichen Regierungen gelingen werde, eine Verfassungsänderung mit den Ständen zu vereinbaren". Mehr als ein Menschenalter ist verflossen, ohne daß die Erwartung des Bundesrates sich erfüllt hätte